



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Aus Schwaben.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

Felde nach den bei den letzten schwedischen Feldmanövern gemachten Erfahrungen bezog, und die der König von Schweden kurz vorher eigenhändig an seine Generale und seine militärischen Freunde im Auslande vertheilt, respective versandt hatte.

Das gab zu denken, und es sollen Leute vorkommen, die das Dementi beinahe für eine solche Fabel zu halten geneigt sind, wie der obengedachte Brief unserer wohlbegründeten Meinung nach ist. Wir gehören zu diesen Zweiflern allerdings nicht, aber unsre Freude, daß Schweden keine unumschränkte Monarchie mehr ist, wird durch jene Erklärung des Baron Hochschildt in der „Times“ nicht gemindert.

### Nus Schwaben.

So widerspruchsvoll die württembergische Politik der letzten Zeit dem Außenstehenden erscheinen mag, so leicht verständlich ist sie für Jeden, der die leitenden Persönlichkeiten in Stuttgart und die Triebfedern ihres Handelns näher ins Auge faßt. Wir haben früher die Stimmung in den Regierungskreisen vor der Katastrophe des Jahres 1870 geschildert, wir haben auf den tiefen Widerwillen des Hofes gegen die neue politische Gestaltung, auf den gerade hier immer noch nicht gebrochenen Einfluß der ultramontanen und großdeutschen Partei hingewiesen und haben die eigenthümlichen Schwierigkeiten angedeutet, welche die specifischen Residenzinteressen der Durchführung des nationalen Programms in Stuttgart in den Weg legen. Selbst ein Ministerium von rein nationaler Herkunft hätte diesen Hindernissen gegenüber einen schwierigen Stand, wie viel mehr ein Ministerium, in welchem nicht alle Glieder mit der Vergangenheit völlig gebrochen haben, mit jenen Tagen, wo man ehemals, um sich bei Hofe zu insinuiren, mit den Ultramontanen und Particularisten unter dem Ruf: „Sie gut Württemberg allewege!“ gegen die Vertheidiger der Reichsinteressen in die Trompete stieß, und man dagegen heute, wo man die Wirkungen dieses früheren Gebahrens überschaut, aufs eifrigste bemüht ist, durch Unterstützung der nationalen Sache das vorhandene Mißtrauen zu zerstreuen? Das Reich hat, da man in Berlin stets auf der Wache steht — die Rede des Reichskanzlers über die Nothwendigkeit der preussischen Gesandtschaften bei den Mittelstaaten ließ hierüber keinen Zweifel — von diesen Velleitäten nichts zu befürchten: im Gegentheil, die nationale Sache hat seit 1866 ihre wichtigsten Erfolge diesem frühern System zu verdanken, sie hat Siege errungen, welche ihr ungleich schwerer zu erringen gewesen wäre, wenn nicht der ernstliche Wille der leitenden Staatsmänner, mit

den früheren Vorurtheilen aufzuräumen, ihr stets im rechten Augenblicke zu Hilfe gekommen wäre.

Dies trat wieder einmal recht deutlich zu Tage bei der neulichen Kammerdebatte über den Desterlen'schen Antrag wegen des Erfordernisses ständischer Zustimmung zu Verzichten auf die sogenannten Reservatrechte. Unser seit Debr. v. J. versammelter Landtag hatte sich bisher, zum Leidwesen gewisser schwäbischer Staatsmänner-Abgeordneten aus der Zeit des Zollparlaments, von der hohen Politik völlig fern gehalten. Ein Einführungsgesetz zum Reichsstrafgesetzbuch, ein Polizeistrafgesetz, eine Bauordnung und ein Gesetz über die Regulirung der Waidrechte, endlich die Berathung des seit zwei Jahren im Rückstand gebliebenen Etats von 1870—1873 hatten den trockenen Stoff seiner Thätigkeit gebildet, welche nur zuweilen unterbrochen wurde durch einsame Klagerufe über den Verlust der schwäbischen Herrlichkeit von ehemals, als man im Stuttgarter Ständehaus noch über den Militäretat debattiren durfte, und wir noch nicht — nach Schäßle's Ausdruck — zu hegemonisirten Heloten geworden. Das gute Beispiel, welches der rasche Gang der Reichstagsverhandlungen gegeben hat, äußerte hierbei bereits seine Wirkungen. Zwar ist der Bopf der bisherigen Geschäftsordnung geblieben, noch immer liegt der Schwerpunkt der ständischen Thätigkeit in den Commissionen — allein man fühlte doch nachgerade, daß man, ohne mißliebige Vergleichen zwischen Stuttgart und Berlin hervorzurufen, nicht mehr in der alten Weise fortarbeiten kann, und so raffte man sich auf, und brachte endlich die Retardate des letzten Lustrums in rascherem Tempo zur Erledigung.

Da entschloß sich Desterlen den langweiligen Geschäftston durch seinen Antrag zu unterbrechen und die Debatte wieder zu der entschwundenen Höhe jener glorreichen Vergangenheit emporzuschleunigen. Der Versuch ist zwar gänzlich mißlungen, nicht einmal ein theatralischer Erfolg war zu erzielen, da das Publicum, noch immer Anhänger der „Macht vor Recht Politik“ dem Redeturnier nicht die geringste Theilnahme widmete.

Dennoch war die Sache nicht so schlecht berechnet, als es jetzt, nach dem Ausgang zu urtheilen, erscheinen möchte. Es ist eine Thatsache, daß die bekannte Erklärung des Herrn von Mittnacht im Reichstag bezüglich der Reservatrechte in Stuttgart große Bestürzung erregt hatte, zumal in denjenigen Kreisen, in welchen man die Reservatrechte der Versailler Verträge mit den Souveränitätsrechten der Krone zu verwechseln pflegt. Man sollte zwar denken, durch die Auslegung des Reichstags erhalte die fürstliche Gewalt den Ständen gegenüber eine wesentliche Steigerung, indem hiernach jede Ausdehnung der Reichscompetenz in das Ermessen der Einzelregierungen gestellt wird. Allein in Wirklichkeit trauen sich in Stuttgart die mit der Erklärung des Herrn v. Mittnacht unzufriedenen Elemente die zur Befolgung einer selbst-

ständigen Politik gegenüber dem Reich erforderliche Energie nicht zu. Dagegen schien bisher die Ständekammer für unsere seit 1866 in dieser Richtung ganz parlamentarische Regierung einen werthvollen Rückhalt zu bieten. Die Unzufriedenen waren, im Bund mit den Ultramontanen und der Volkspartei, der Ständekammer soweit leidlich sicher, um jeden Augenblick wieder mit dem Reich Verstecken spielen zu können. Diesem Spiel drohte plötzlich der Untergang, wenn die Regierung fernerhin für berechtigt erklärt wurde, ohne Einwilligung der Ständekammer ihre Stimme im Bundesrath gültig für die Erweiterung der Competenz des Reichs abzugeben. Desterlen, namentlich aber sein Genosse Probst, der schwäbische Ableger der Fraction Windthorst, waren, als sie ihren Antrag stellten, über jene Mißstimmung in den Regierungskreisen genau orientirt und konnten damals ganz wohl auf eine Majorität für ihren Antrag rechnen. In unserer unter dem Eindrucke der deutschen Siege gewählten Ständekammer verfügt nämlich bei 90 anwesenden Mitgliedern die klerikale und volksparteiliche Coalition über etwa 25 Stimmen, während die unbedingte Hof- und Regierungspartei (eine conservative Partei im principiellen Sinn gibt es nicht) über 16—20 sichere Stimmen verfügt. Der Führer der letzteren ist der Oberbürgermeister v. Sick zu Stuttgart, der Liebling des Hofes, die Personification der Residenzinteressen, Gesamtminister in partibus, der Mann, dem alle diejenigen sich anschließen, welchen die Haltung des Ministeriums noch kein genügender Beweis für die in den obersten Kreisen herrschende Strömung erscheint. Dabei bemerken wir noch, daß in sämtlichen 4 Nachwahlen, welche während der letzten Monate stattgefunden haben, ausschließlich Ultramontane gewählt worden sind, in den beiden letzten Fällen sogar in Bezirken mit vorherrschend protestantischer Bevölkerung, indem der ganze Regierungsapparat für die katholischen Candidaten aufgeboten wurde. Angesichts dieser bis in die letzten Wochen vorherrschenden nicht übermäßig reichsfreundlichen Strömung bedurfte es bloß einer passenden Formel, um für den Antrag Desterlen-Probst die Hilfe der Hof- und Regierungspartei und damit der rheinbündlerischen Coalition die Mehrheit zu sichern. In der That wurde denn auch von Sick und 16 seiner Genossen ein Vermittlungsantrag eingebracht, welcher sich von dem demokratisch-ultramontanen nur dadurch unterschied, daß er zwar nicht die vorgängige Einholung des ständischen Consenses für wesentlich erklärte, wohl aber eine nachträgliche formelle Verantwortlichkeit gegenüber der Ständekammer statuirte. Die nationale Partei hatte dagegen sofort den Desterlen'schen Antrag benützt, um in einer motivirten Tagesordnung den Standpunkt der Reichsgewalt auch formell zur Anerkennung zu bringen.

Dem politischen Scharfblick des Herrn von Mittnacht entging nicht, um was es sich bei dieser Sachlage handelte: auch ermunthigten ihn die Ausritte

zwischen dem Reichskanzler und der ultramontanen Partei, ein Vertuschen der Gegensätze, und vollends ein Zusammengehen mit den Römlingen, auf welches letztere thörichter Weise hofften, entschieden abzuweisen. Gelang es überdies, durch das angedeutete Compromiß den Sic'schen Antrag zur Annahme zu bringen — Desterlen selbst erklärte denselben für nicht unannehmbar — so war das Auftreten des Herrn v. Mittnacht im Reichstag aufs förmlichste, vom Hof wie von den Ständen desavouirt. Er erkannte daher sofort, daß nun die Zeit gekommen sei, namentlich auch um das durch die Vorgänge der letzten Wochen veranlaßte Mißtrauen in die Regierungsabsichten zu beseitigen, der entschiednen Schwenkung der Gesamtregierung auf die nationale Seite durch eine recht eclatante Bethätigung treuer Anhänglichkeit an das Reich eine kräftige Stütze zu geben. Zu diesem Behuf setzte er noch im letzten Augenblick ein königliches Rescript und auf Grund desselben eine feierliche Erklärung der Staatsregierung des Inhalts durch, daß nach deren Ansicht „unter der Zustimmung des berechtigten Bundesstaats die Zustimmung der Bevollmächtigten im Bundesrath zu verstehen sei.“ Zugleich forderte er in seiner Rede die sogenannten Regierungsmameluken geradezu auf, gegen den Sic'schen Vermittlungsantrag zu stimmen, da derselbe Mißdeutungen ausgesetzt sein würde, welche er dem Hause erspart wissen möchte.

Man denke sich die Verblüffung jener Hof- und Regierungspartei! Es war hart, daß man die allertreuesten Diener des jeweiligen Regimes in solcher Weise dem öffentlichen Spott preis gab: allein sie mochten sich damit trösten, daß ihre Mitwirkung in dieser Rolle wesentlich dazu diene, dem ganzen Lande, ja ganz Deutschland zu zeigen, daß man im vollsten Ernste neue Bahnen wandle. Galt es doch, zum ersten Mal in der neueren constitutionellen Geschichte Württembergs einen formellen Sieg des Ministeriums über die Hofpartei in Scene zu setzen! Nach einem solchen Vorgang muß billiger Weise fernerhin jeder Zweifel an der Gesinnungstüchtigkeit des thatsächlichen Leiters des gegenwärtigen Ministeriums verstummen. Zugleich bot der Vorgang dem Hrn. v. Mittnacht erwünschte Gelegenheit, seine unzweifelhafte politische Ueberlegenheit über seinen Collegen vom Departement des Innern, welcher durch seine Ungeschicklichkeit in den letzten Wochen manches verdorben hatte, in engerem Kreise ans Licht zu stellen. Dennoch möchten wir die nationale Partei vor zu großer Vertrauensseligkeit über ihren neuesten Sieg warnen. Rechnet man die Unterzeichner des ultramontanen und des Sic'schen Antrags zusammen, so ergeben sich bereits 38 particularistische Stimmen. Verbindet man hiermit die oben constatirte fortwährende Vermehrung der katholischen Vertreter, von welchen die beiden lezt gewählten bei der kritischen Abstimmung noch nicht legitimirt waren, und die weitere Thatsache, daß mehrere der entschiedensten Particularisten, z. B. zwei Mitglieder des Geheimen Raths, noch rechtzeitig von dem

Siege der nationalen Kräfte in der Regierung Kenntniß erhalten und sich zurückgezogen hatten, so bedarf es keiner weiteren Bemerkung darüber, auf wie schwachen Füßen die dermalige Majorität der Ständekammer beruht, und daß es nur eines kleinen Anstoßes von Außen bedürfte, um im geeigneten Zeitpunkt eine ultramontan-particularistische Majorität sich entpuppen zu sehen.

Als charakteristisch für die neueste Situation heben wir übrigens noch hervor, daß kürzlich der langjährige Vorkämpfer der großdeutschen Politik, der Graf Rechberg „aus Gesundheitsrücksichten“ seine Stelle als Präsident der Kammer der Standesherrn niedergelegt hat. Bei der Ernennung des Nachfolgers, welche ohne Vorschlagsrecht der Kammer dem Könige zusteht, fiel es auf, daß abweichend von der bisherigen Gewohnheit, der Senior des Hohenloheschen Gesammthauses übergangen wurde. Man wollte plötzlich in seiner Eigenschaft als vormaliger russischer General ein Hinderniß gefunden haben; der wahre Grund liegt aber in der nationalen Haltung der Fürsten von Hohenlohe, insbesondere auch des vorgenannten Chefs des Gesammthauses, welche schon seit dem Jahre 1866 sehr übel vermerkt worden ist. — Der für die nächsten Wochen bevorstehende Kampf über die Beibehaltung der auswärtigen Gesandtschaften wird wohl dem Ministerium Gelegenheit geben, neuerdings Zeugniß für seinen Standpunkt abzulegen. Auch in dieser Frage stehen sich der Hof, die Demokratie und die Ultramontanen auf der einen, die nationale Partei auf der andern Seite gegenüber, welche letztere die mittelstaatlichen Gesandtschaften als eine fortwährende Demonstration gegen die Reichseinheit zu betrachten allen Grund hat. Hatten wir doch neuerdings wieder Gelegenheit, in dem demonstrativen Empfang, welchen die Häupter der particularistischen Partei, darunter auch der Chef des geheimen Cabinets, dem auf der Durchreise nach Madrid begriffenen Grafen Chotek bereiteten, einen deutlichen Beweis für die Sympathie wahrzunehmen, welche man in den Spitzen der Stuttgarter Gesellschaft dem diplomatischen Vertreter der Schäßleschen Intriguenpolitik am Stuttgarter Hofe auch im jetzigen Augenblick noch an den Tag zu legen für gut findet.

Die Debatte über die Geislinger Wahl wird wohl in den nächsten Tagen die Frage zur Entscheidung bringen, ob in Württemberg abweichend von den Beschlüssen des Reichstages Eingriffe der mit dem Wahlaact betrauten Personen in die Wahlfreiheit fernerhin für statthaft erklärt werden sollen.